Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 181 (2015)

Heft: 12

Artikel: Europas prekäre energiepolitische Situation

Autor: Schilling, Walter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-583283

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Europas prekäre energiepolitische Situation

Eine sichere Energieversorgung gehört zu den grundlegenden Funktionsbedingungen eines Staates oder Staatenverbundes. Blickt man unter diesem Aspekt auf die aktuelle Energiepolitik der Europäischen Union, so sind gravierende Defizite festzustellen.

Walter Schilling

Ideologische Festlegungen einzelner nationaler Regierungen für die gewählte Energieform, hohe Besteuerung, mangelnde Investitionen in neue Systeme der Energieerzeugung, in moderne Kraftwerke und Stromleitungen kennzeichnen das Bild. Und von einer gemeinsamen Strategie für eine sichere Energieversorgung sind die Staaten der Europäischen Union weit entfernt.

Starke Abhängigkeit von auswärtigen Energielieferungen

Es ist schon seit Jahren bekannt, dass die weltweite Nachfrage nach Energieträgern und die Abhängigkeit der Europäischen Union von auswärtigen Energielieferungen weiter zunehmen werden. Hier fällt nicht nur die starke Abhängigkeit von der Erdöl- und Erdgasversorgung aus dem politisch instabilen und konfliktträchtigen Nahen Osten ins Gewicht. Auch die wachsende Abhängigkeit vom erneut imperialen Russland, das seine strategischen Ressourcen als Machtinstrumente versteht und ohne Skrupel einzusetzen pflegt, ist in diesem Kontext äusserst risikoreich. Was es heisst, von russischen Energielieferungen abhängig zu sein, wird in jüngster Zeit immer wieder von Moskau vorgeführt. Das beharrliche Streben nach strategischer Kontrolle über die Energieversorgung Europas und die Bemühungen Russlands, den europäischen Ländern den unmittelbaren Zugang zum Erdöl und Erdgas Zentralasiens zu verwehren, spricht eine klare Sprache. Russland wird auch künftig seine Energiemacht einsetzen, um die gewünschte Anpassung an seine machtpolitischen Interessen zu erzwingen.

Gegenüber einem politisch ehrgeizigen Staat mit ausgeprägter Autarkie wie Russland führt eine hohe Versorgungsabhängigkeit erfahrungsgemäss zur Nachgiebigkeit auch in anderen politischen Bereichen. Wie die jüngste Entwicklung zeigt, trifft die Europäische Union mit Russland auf einen Staat, der sich auf seine Weise dem Wettbewerb entzieht und seine Handlungsmöglichkeiten beständig ausbaut. Das gigantische Abkommen zur Lieferung von Erdgas, das Russlands Präsident Wladimir Putin am 21. Mai 2014 mit China geschlossen hat, unterstreicht diesen Trend. Während die Versorgung mit Erdgas aus Sibirien für Europa unentbehrlich bleibt, wird Russland künftig auf die Abnahme dieses wichtigen Energieträgers durch Europa weniger angewiesen sein. Mit der zu starken Bindung an Russland auf dem Gebiet der Energieversorgung hat die Europäische Union einen bedenklichen Weg eingeschlagen. Es ist zu befürchten, dass Europas aussenpolitischer Spielraum gegenüber Russland weiter abnimmt.

Energieträger bedeuten Macht

Den Regierungen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union scheint auch nicht klar genug zu sein, dass trotz des bisher massvollen Verhaltens der in der OPEC organisierten Lieferländer für Erdöl und Erdgas keine Garantie dafür besteht, diese für die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft wichtigen Energieträger stets in ausreichender Menge zu erhalten. Schliesslich konzentriert sich die Masse der Energiereserven der Welt auf Staaten, deren Regierungen im Konfliktfall nicht zögern, die mit ihren begehrten Gütern gegebene Macht rigoros zu nutzen. Nichts spricht im Übrigen dafür, dass die Region des Nahen Ostens künftig weniger konfliktträchtig sein könnte. Schon die aggressive Politik des Mullah-Regimes im Iran und dessen entschlossener Einsatz militärischer Gewalt stehen dem entgegen. Dabei ist besonders bemerkenswert, dass die meisten europäischen Länder die Möglichkeit eines militärischen Konflikts Israels mit dem Iran überhaupt nicht «auf ihrer Rechnung» haben. Europa würde jedoch von diesem Konflikt sehr stark in Mitleidenschaft gezogen werden, auch wenn es sich nicht direkt an ihm beteiligt.

Die Regierungen der europäischen Länder können dabei ebenso wenig erwarten, dass im Konfliktfall die wichtigen Energieträger Erdöl und Erdgas etwa aus Venezuela, Bolivien, Nigeria, Angola und Gabun zur Verfügung stehen. In diesen Ländern hat man längst erkannt, welche politischen Möglichkeiten sie mit ihrer Energiemacht in den Händen halten. Einige dieser Länder sind mit dem Iran eng verbündet; andere wiederum haben starke Anbindungen an China. Gegen diplomatischen und wirtschaftlichen Druck aus den USA oder Europa sind sie weitgehend unempfindlich.

Die ausserordentlich zielstrebige, global ausgelegte Politik Chinas und der USA zur Sicherung ihrer künftigen Energieversorgung wird die Abhängigkeit Europas künftig noch deutlicher hervortreten lassen. Zum einen wird die von den USA und von China praktizierte Ausbeutung der Schiefergas- und Ölvorkommen durch die «Fracking»-Methode diesen beiden Ländern grosse Vorteile verschaffen. Zum anderen zeichnet sich bereits ab, dass spätestens im nächsten Jahrzehnt etwa 80% der Erdölexporte aus dem Nahen Osten in Richtung Asien gehen werden. Angesichts der zu erwartenden grundlegenden Veränderung der geopolitischen Struktur der Welt wird es für die Europäer immer schwieriger werden, ihre Energieversorgung sicherzustellen.

Politik der nationalen Alleingänge

Vor dem Hintergrund der prekären energiepolitischen Situation Europas erscheint es höchst fragwürdig, dass die europäischen Länder das Problem der Energieversorgung weitgehend im nationalen Alleingang zu lösen suchen. In diesem Zu-

Fotomontage des in Bau befindlichen EPR (links im Bild) im Kernkraftwerk Olkiluoto, Finnland. Bild: Teollisuuden Voima OY

sammenhang setzen einige Länder, wie z.B. Frankreich, Grossbritannien, Tschechien, Schweden und Finnland sehr stark auf die Energieerzeugung durch Kernkraftwerke. Insbesondere Grossbritannien und Finnland treiben den Bau neuer Kernkraftwerke der vierten Generation voran. Die Briten sind dabei sogar bereit, die substantielle Beteiligung chinesischer Investoren zu akzeptieren. Auch in Polen und in den baltischen Staaten versucht man, die «Energiesouveränität» durch eigene Massnahmen zu erreichen. Entsprechende Pläne für neue Kohle- und Kernkraftwerke stehen hier zur Debatte. Und in Spanien sollen die Kernkraftwerke 20 Jahre länger genutzt werden als ursprünglich geplant.

Im wirtschaftlich stärksten Staat der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland, hat die von einem gewaltigen Tsunami ausgelöste Reaktorkatastrophe im 9000 km entfernten Fukushima am 11. März 2011 allerdings dazu geführt, dass die an sich der Kernkraft gegenüber bis dahin positiv eingestellte Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Politik radikal änderte und eine enorm kostspielige «Energiewende» ohne Rücksicht auf die Nachbarländer einleitete. Diese Politik zeigte einmal mehr, wie wenig verlässlich die Deutschen sind, wenn es gilt, schwierige Probleme zu lösen. Sie hat bereits zu einer starken Fragmentierung des europäischen Binnenmarktes für Elektrizität und zu einer erheblichen Gefährdung der Versorgungssicherheit geführt. Da immer mehr Kraftwerke aus Kostengründen vom Netz gehen, kann es zu flächendeckenden Stromausfällen vor allem während strenger Winterzeiten kommen. In der Sommerzeit, wenn weniger Energie gebraucht, aber dennoch grosse Mengen von dem in Deutschland erzeugten Ökostrom eingespeist werden, besteht die Gefahr, dass die europäischen Leitungsnetze überlastet werden. Überdies werden die fehlenden langfristigen Perspektiven und die regulatorische Unsicherheit unweigerlich zu ausbleibenden Investitionen im Energiesektor führen. Der deutsche Sonderweg ändert im Übrigen nichts daran, dass fossile Energieträger noch für lange Zeit den Grossteil des europäischen Energiebedarfs bereitstellen, neue Kernkraftwerke auch in Europa gebaut werden und dennoch die Abhängigkeit Europas von auswärtigen Energielieferungen bestehen bleibt.

Angesichts der nationalen Alleingänge und der tiefgreifenden Differenzen zwischen den europäischen Ländern insbesondere bei der Nutzung der Kernenergie dürfte jeder Versuch einer Veränderung oder der Einführung von Zwängen eine Quelle des Streits sein. Sachliche und energiepolitisch zielführende Debatten erweisen sich bisher als unmöglich. Auf die wichtigen, ja vitalen Fragen, wie z.B. Konflikte im Nahen Osten und deren Konsequenzen für die Energieversorgung sind die Europäer überhaupt nicht vorbereitet.

Ungünstige Perspektiven

Insbesondere die nationalen Alleingänge in der Energiepolitik der Europäer haben – nach den Analysen der Europäischen Kommission und der Internationalen Energie-Agentur (IEA) – die Energiepreise erheblich ansteigen lassen. Es wird erwartet, dass dieser Trend anhält. Die IEA sieht daher zu Recht gravierende negative Auswirkungen auf die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas, auf die Investitionsentscheidungen und Unternehmensstrategien zukommen. Vor allem in den energieintensiven Branchen wie der Chemie-, Stahl-, Aluminium-, Zement-, Glas- und Papierindustrie wird die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Länder deutlich abnehmen. Dementsprechend wird Europa auch einen wesentlichen Anteil am Welthandel verlieren.

Es gibt derzeit keinen Hinweis darauf, dass die Europäer von ihren unterschiedlichen ideologischen Festlegungen im Bereich der Energieversorgung Abschied nehmen und sachlich angemessenen Produktionsweisen den Vorzug einräumen könnten. Man wird sich wohl weiterhin über die Nutzung der Kernenergie und über die modernen Fördermethoden des «Fracking» streiten, obwohl die dabei verwendeten Verfahren schon lange zum Technologiestandard gehören und die Chance eröffnen, die Energieabhängigkeit wenigstens zu mildern. In den USA und in China geht die Entwicklung dagegen in eine ganz andere Richtung. Dort profitiert man von den sinkenden Energiekosten und gewinnt hierdurch einen deutlichen Wettbewerbsvorteil gegenüber den Konkurrenten in anderen Teilen der Welt. So haben zum Beispiel die im Vergleich zu Europa sehr niedrigen Energiekosten in den USA bereits Investitionen von mehr als 100 Mia. $ nach Amerika gelockt; über 1,2 Millionen Arbeitsplätze sind dabei geschaffen worden. Und der Trend hält an, weil sich die Investoren nicht auf das notwendige rationale Verhalten der Europäer verlassen können.

Die in der Debatte über angemessene Massnahmen zur Energieversorgung Europas entwickelte Vorstellung, man könne die Abhängigkeit von auswärtigen Lieferungen durch den Ausbau erneuerbarer Energien beenden, geht an der Wirklichkeit vorbei. Europa bezieht derzeit etwa 2% seiner Energie aus Solarenergie und Windkraft, während mehr als 70% aus fossilen Energieträgern stammen. Und die günstigsten Schätzungen der IEA gehen davon aus, dass Europa um das Jahr 2030 kaum mehr als 8% seiner Versorgung aus erneuerbaren Energien gewinnen wird. Es wird aber nicht helfen, wenn wir uns entgegen allen Fakten an der Vorstellung von billiger, sauberer und unendlich vorhandener Energie berauschen. Denn dabei vergessen wir, dass jede Form von Energiesicherheit ihren Preis hat. ■

Oberst i Gst a D
Walter Schilling
Dr. phil.
Freier Publizist
I-39012 Meran (Bz)